

Frau Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW
Mona Neubaur

Herrn Minister für Inneres des Landes NRW
Herbert Reul

Herrn Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW
Oliver Krischer

Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
c/o Umwelthaus
Zumsandestr. 15
48145 Münster
info@sofa-ms.de
www.sofa-ms.de

Jülich/Ahaus/Gronau/Münster, 26. August 2026

- Probleme bei Castor-Transporten**
- Gefahrenlage für Castor und Atomanlagen durch Drohnen**
- Militarisierung der Urananreicherung**

Sehr geehrte Frau Ministerin Neubaur,
sehr geehrter Herr Minister Reul,
sehr geehrter Herr Minister Krischer,

zunächst einmal herzlichen Dank für Ihr gemeinsames Schreiben vom 16. Juni 2026. Da sich seither die Lage rund um die atomaren Probleme in NRW leider erheblich weiterentwickelt hat, möchten wir Ihnen heute erneut zur aktuellen Situation und Ihrer aktuellen Einschätzung dazu schreiben.

I. Probleme bei Castor-Transporten

a) Beim 10. Castor-Transport am 22. Juli wurde der Transportvorgang abends in Jülich in letzter Sekunde vor Verlassen des Forschungszentrums abgebrochen, nachdem der polizeiliche Vorkonvoi bereits losgefahren war. Der Castor-LKW stand schon abfahrbereit am Haupttor. Nach mehrstündigen, nächtlichen Reparaturversuchen – auch mit einem professionellen Team von Mercedes – wurde das Vorhaben dann gegen 1.15 Uhr in der Nacht aufgegeben. Eine Erklärung für diesen sehr bedenklichen Vorgang gab es bislang nicht.

- Welches technische Problem am Castor-LKW führte zum Abbruch des Transportvorgangs?
 - Wer entschied über das nächtliche Hinzuziehen eines Technik-Teams von Mercedes?
 - Wer entschied über den Abbruch des Transports?
 - Waren Mitarbeiter der Atomaufsicht während der gesamten Zeit vor Ort anwesend?
 - Wann wurde der Schaden am LKW letztlich behoben und wer übernimmt die Rechnung für die Reparatur?
 - Sind ähnliche technische Probleme (oder andere technische Probleme, die zu Reparaturen führten) schon in der Vergangenheit aufgetreten? Wenn ja, was ist dabei wann vorgefallen?
 - Wie hoch waren die Einsatzkosten für die Polizei in dieser Nacht?
- Was wäre passiert, wenn der LKW-Schaden erst auf der Autobahn aufgetreten wäre? Hätte die Polizei dann die gesamte Autobahn sperren und so eine Art Wagenburg um den Castor-LKW bilden müssen, mit einem ständig kreisenden Hubschrauber über der Unfallstelle?

b) Beim 13. Castor-Transport am 19. August waren wie schon beim dritten Castor-Transport am 5. Mai keine Begleithubschrauber im Einsatz.

- Was war der Grund für das erneute Ausbleiben der Absicherung aus der Luft?
- Hält die Landesregierung es für angemessen, Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll auch ohne Absicherung aus der Luft durchzuführen?
- Wir gehen davon aus, dass die Hubschrauber der Landespolizei durch den tagelangen Löschereinsatz in der Eifel nicht zur Verfügung standen. Gab es politischen Druck seitens der Landesregierung, der Bundesregierung oder der JEN, dennoch am Transport-Zeitplan festzuhalten?

c) Beim 14. Castor-Transport am 20. August kam es laut einer Pressemitteilung der Polizei auf der Castor-Strecke zu einem Verkehrsunfall.

- Was genau ist dabei wo und wann genau passiert?
- Musste der Castor-Konvoi durch den Unfall in irgendeiner Weise Ausweichmaßnahmen ergreifen? Und wenn ja, wie sahen diese aus?

d) Ebenfalls beim 14. Castor-Transport musste der Castor-Konvoi auf der A57 zwischen Neuss und Krefeld in einer Baustelle augenscheinlich wie bei Baustellen oft üblich auf die Gegenfahrbahn wechseln.

- Welche Maßnahmen hat die Polizei hier zur Gefahrenabwehr ergriffen?
- Gab es andere Baustellen, in denen bis dato ein Wechsel in den Gegenverkehr nötig war?

e) Durch eine kleine Anfrage der FDP im NRW-Landtag kam heraus, dass die Landesregierung vom 1. bis zum 6. Castor den Polizeieinsatz bereits um mehr als 80% zusammengestrichen hat. In welcher Weise hat sich die Einsatzstärke der Polizei vom 7. bis zum 14. Castor entwickelt?

f) Ein Knackpunkt ist weiterhin die Rheinbrücke der A42 bei Duisburg. Wie hat sich die Traglast dieser Brücke entwickelt und gibt es ggf. in NRW überhaupt noch eine Ausweichroute über den Rhein für Transporte mit 130 t Gesamtgewicht?

II. Drohnengefahr

Durch den glücklicherweise misslungenen Drohnenanschlag auf den Flughafen Leipzig am 5. August ist die Gefahr von Drohnenattacken mit Sprengstoff leider von einer abstrakten zu einer realen Gefahr geworden. Das muss Auswirkungen auf die Sicherheitsvorkehrungen in vielen Bereichen haben. Unseren Beobachtungen zufolge hat dies bei der Landesregierung aber bislang zu keiner Änderung bei der Gefahrenabwehr rund um die Castor-Transporte und die Atomanlagen im Rheinland und im Münsterland geführt.

Aus der Ukraine und Russland wissen wir, welche vernichtende Wirkung Sprengstoff-Drohnen haben können. Bundesinnenminister Dobrindt sprach kürzlich mit Blick auf die Drohnengefahr für Deutschland vom „Schattenkrieg des 21. Jahrhunderts.“

- a) Gibt es seitens des NRW-Innenministeriums und der Atomaufsicht eine neue Gefahreinschätzung in puncto Drohnengefahr seit dem Anschlagversuch vom 5. August?
- b) Kamen nach dem 1. Castor-Transport zu irgendeinem Zeitpunkt nochmal Anti-Drohnen-Einheiten der Polizei zum Einsatz?
- c) Hat es Gespräche zwischen Land und Bund gegeben, die Castor-Transporte auszusetzen, um die Anschlagsszenarien für NRW zu minimieren? Wenn nein, sind solche seitens der Landesregierung geplant?
- d) Wurden für die stationären Zwischenlager in Jülich und Ahaus neue Abwehrmaßnahmen getroffen? Eine mit Sprengstoff beladene Drohne könnte schließlich ohne Probleme auf den Dächern landen und dort zumindest große Löcher in die Dächer sprengen.
- e) Wurden für die besonders schwach gesicherten Werkshallen der Urananreicherungsanlage Gronau neue Abwehrmaßnahmen getroffen? Auch dort gilt dasselbe Gefahrenpotenzial wie unter d)
- f) Halten Sie die großflächige Freilagerung von Uranhexafluorid unter offenem Himmel auf dem Gelände der Urananreicherungsanlage in Gronau angesichts dieser neuen und realen Anschlagsszenarien weiterhin für vertretbar? Leipzig hat schließlich gezeigt, dass Drohnen sich problemlos ungesichtet „anschleichen“ können. Das Uran-Freilager in Gronau grenzt zudem an einen optisch nicht zu überwachenden Waldrand. Was muss passieren, bis Sie die Freilagerung von radioaktiven Stoffen endlich beenden?
- g) Zudem möchten wir Sie hier fragen, wann nach Kenntnis der Landesregierung mit den ersten Rücktransporten von Uranoxid aus der Dekonversion in Frankreich zur Befüllung der Uranoxid-Lagerhalle in Gronau zu rechnen ist?

III. Militarisierung der Urananreicherung

Sowohl die Rheinische Post (20. Juli) wie auch die taz (13. August) berichteten kürzlich mit Blick auf Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken darüber,

dass die britische Regierung den Urananreicherer Urenco darum gebeten hat, Uran bis zu einem atomwaffenfähigen Anreicherungsgrad anzureichern. Anscheinend geht es um Atombrennstoff für neue Atom-U-Boote, die mit atomwaffenfähig angereichertem Uran betrieben werden sollen.

Das erzeugt natürlich erhebliche Sorgen, weil die Militarisierung der Urananreicherung die Urenco zumindest zu einem zivil-militärischen Mischkonzern machen wird. Da Urenco ein Gesamtkonzern ist, lassen sich einzelne Anlagen, wie die Urananreicherungsanlage in Gronau, nicht vom Gesamtkonzern trennen. Zudem haben mit RWE und E.ON zwei der vier Urenco-Anteilseigner, die dem Vorhaben ja zustimmen mussten, ihren Sitz in NRW. Darüberhinaus befindet sich auch das technologische Zentrum der Uran-Zentrifugen-Herstellung mit der ETC in Jülich.

Mit großem Erstaunen haben wir in der taz gelesen, dass die NRW-Landesregierung von all den hier geschilderten Vorgängen angeblich keine Ahnung habe. Das halten wir absolut unglaublich, da es die originäre Aufgabe der NRW-Atomaufsicht ist, sich über alle für Atomanlagen und Atomkonzerne in NRW relevanten Vorgänge auf dem Laufenden zu halten.

Deshalb fragen wir hier nochmals:

a) Welche Kenntnis hat die NRW-Landesregierung von den Plänen der britischen Regierung, sich von Urenco Uran ggf. bis auf ein atomwaffenfähiges Niveau anreichern zu lassen?

b) Hat die Landesregierung dazu Gespräche mit RWE und E.ON und/oder der Bundesregierung geführt oder wurde von diesen offiziell oder informell in Kenntnis gesetzt? Wenn ja, wann?

c) Wie bewertet die Landesregierung das Vorhaben der britischen Regierung, die bislang rein zivile Nutzung der Urananreicherung von Urenco auch für militärische Zwecke zu nutzen? Wird sich die Landesregierung für eine unmissverständliche Stärkung der Zivilklausel im Vertrag von Almelo einsetzen?

d) Welche Kenntnis hat die Landesregierung zum augenscheinlichen Wunsch der britischen Regierung, sich für ihr Vorhaben entsprechende Uran-Zentrifugen von ETC liefern zu lassen? Und wie bewertet die Landesregierung diesen Wunsch?

IV. Garching – Ahaus

Zum Abschluss möchten wir Sie fragen, welchen Kenntnisstand die NRW-Landesregierung zu den angekündigten Castor-Transporten von Garching nach Ahaus hat? Gibt es Gespräche mit der bayrischen Staatsregierung, um diese Castor-Transporte abzuwenden? Und welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung zum immer wieder verschobenen Neustart des Reaktors in Garching nach mehr als sechs Jahren Stillstand?

Abschließend sind wir der Meinung, dass die Landesregierung im Bereich Atom eine erstaunliche und beunruhigende Fahrlässigkeit in Sicherheitsfragen an den Tag legt. Anstatt auf eine Vermeidung der Produktion von neuem Atom Müll hinzuwirken und sich gezielt mit der sicheren Endlagerung des Atom Mülls zu beschäftigen, verschwendet die Landesregierung wertvolle Zeit und Ressourcen für sinnlose Atomtransporte quer durchs Land, die zudem einer verschärften Sicherheitsgefahr ausgesetzt sind. Auch der Schutz der stationären Anlagen zur Produktion und Lagerung von Uran und Atom Müll ist spürbar nicht mehr auf dem gebotenen Stand von Wissenschaft und Technik und wird

den realen Gefahren der hybriden Angriffswelt des 21. Jahrhunderts nicht gerecht. Das bereitet uns sehr große Sorgen und wir erwarten von der Landesregierung deshalb eine deutliche Kursänderung.

Antworten an uns richten Sie bitte wieder an die Mail-Adresse der Initiative SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster: info@sofa-ms.de

Herzlichen Dank im Voraus und mit freundlichen Grüßen